

**Der Landrat
Fachdienst 6
Planen und Bauen
Bauaufsicht**

Herrn
Thomas Gröne
Jagdstr. 1A
D-49638 Nortrup

Datum: 15. Mai 2014
Zimmer-Nr.:
Auskunft erteilt:
Durchwahl:
Tel. (0541) 501-
Fax: (0541) 501-
E-Mail:

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

FD6-56-01875-14

Baugrundstück: Nortrup, Jagdstr. 1
Gemarkung: Suttrup
Flur: 4
Flurstück(e): 149

Errichtung eines Junghennenaufzuchtstalles mit 58.694 Plätzen 1.
Nachtrag: Anbau eines Abluftwäschers an dem geplanten Stallneubau
(BE 6)

Nachtragsgenehmigung Nr. 01875/14

Sehr geehrter Herr Gröne,

auf Ihren Antrag erteile ich Ihnen gemäß § 70 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) vom 03.04.2012 (Nieders. GVBl. S. 46) in der zurzeit gültigen Fassung die Genehmigung, die vorgenannte Baumaßnahme abweichend von der Baugenehmigung entsprechend den beigefügten, geprüften und mit Vermerk versehenen Bauvorlagen auszuführen. Die Bauvorlagen und die nachfolgenden Hinweise, Auflagen und Bedingungen sind Bestandteil der Genehmigung.

Diese Nachtragsgenehmigung ist Bestandteil der vorgenannten Baugenehmigung. Deren Bedingungen, Auflagen und Hinweise gelten weiterhin, soweit sie nicht ausdrücklich aufgehoben oder geändert werden.

Diese Nachtragsgenehmigung verliert gleichzeitig mit dem Ablauf der Baugenehmigung ihre Gültigkeit. Falls die Gültigkeit der Baugenehmigung (einschließlich der Nachträge) verlängert werden soll, so muss der Antrag auf Verlängerung innerhalb der Geltungsdauer der Baugenehmigung gestellt werden.

Die mit grüner Farbe auf den Bauvorlagen eingetragenen Änderungen und Ergänzungen sowie der Prüfbericht zur statischen Berechnung - soweit vorhanden - sind bei der Bauausführung zu beachten. Die auf den Bauvorlagen eingetragenen Prüfungsbemerkungen sind Auflagen und Bedingungen im Sinne der NBauO.

Kostenbescheid

Nach der Baugebührenordnung (BauGO) vom 13.01.1998 (Nds. GVBl. S. 3), der allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) vom 05.06.1997 und dem Nds. Verwaltungskostengesetz vom 07.05.1962 (Nds. GVBl. S. 43) in der jeweils geltenden Fassung sind entsprechend dem beigefügten Berechnungsbogen Gebühren und Auslagen in Höhe von insgesamt

571,00 EUR

zu entrichten.

Bitte überweisen Sie diesen Betrag unter Angabe des Kassenz Zeichens 6.1010.140875.5 innerhalb einer Woche auf das Konto 201 269 (IBAN: DE81 2655 0105 0000 2012 69) bei der Sparkasse Osnabrück (BLZ 265 501 05 bzw. BIC-/SWIFT-Code: NOLADE22XXX). Benutzen Sie bitte hierzu den beigefügten Zahlschein.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, einzulegen. Ein Widerspruch gegen die Kostenfestsetzung hat nach § 80 Abs. 1 Ziff. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung keine aufschiebende Wirkung und entbindet daher nicht von der Zahlungspflicht.

Der Widerspruch kann auch in elektronischer Form eingelegt werden, sofern er mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes versehen ist. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die sich u.a. aus dem im Impressum der Landkreis-Homepage (www.landkreis-osnabrueck.de) befindlichen elektronischen (pdf-)Dokument „Grundsätze zur elektronischen Kommunikation“ ergeben. Es gelten insbesondere die in diesem Dokument enthaltenen Ausführungen zu den „formgebundenen Vorgängen“.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrage

Anlagen

Anlage zur Nachtragsgenehmigung Nr. 01875/14 vom 15.05.2014

Auflagen und Hinweise

1. Gelangen durch ein unvorhersehbares Ereignis wassergefährdende Stoffe in das Grundwasser, so ist unverzüglich der Landkreis Osnabrück – Fachdienst Umwelt -, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, als Untere Wasserbehörde zu unterrichten (§ 130 Nieders. Wassergesetz - NWG - in der zurzeit gültigen Fassung).
2. Die Anlage muss in Bauart, Werkstoff, Herstellung und betrieblicher Ausstattung so beschaffen und errichtet sein und so betrieben, unterhalten, stillgelegt oder beseitigt werden, dass eine schädliche Verunreinigung von Grund- oder Oberflächenwasser oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist (§§ 32 und 48 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der zurzeit gültigen Fassung).
3. Die als Anlage beigefügte Stellungnahme zur Gewährung der Arbeitssicherheit der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau ist Bestandteil dieses Bescheides.
Die in der Stellungnahme aufgeführten Unfallverhütungsvorschriften finden Sie im Internet unter www.svlfq.de/30-praevention/prv03-gesetze-und-vorschriften/prv0301-vorschriften-fuer-sicherheit-und-gesundheitsschutz/index.html.
4. Die **immissionsschutzrechtliche Abnahme** wird angeordnet. Die Abnahme für den Junghennenstall (BE 6) ist 4 Wochen vor der ersten Belegung zu beantragen. Die Abnahme für die Abluftreinigungsanlage in der Betriebseinheit 6 ist 4 Wochen vor Inbetriebnahme zu beantragen.
5. In den Betriebseinheiten dürfen nach Änderung der beantragten Maßnahmen folgende Tierplätze vorhanden sein:

Betriebseinheit Nr.	Tierart	Tierzahl
1	Junghennen	38.000
2	Junghennen	18.500
3	Junghennen	18.500
4	keine Tierhaltung	0
5	keine Tierhaltung	0
6	Junghennen	58.694

6. Die Stallungen müssen entsprechend der DIN 18910 "Klima in geschlossenen Ställen" mit einer Lüftungsanlage versehen sein, die zentral über Dach entlüftet.
7. Die Abluftaustrittschächte des geplanten Junghennenaufzuchtstalles (BE 6) dürfen eine Höhe von 12,00 m über Geländeoberkante nicht unterschreiten.
8. Die Betriebseinheiten 2 und 3 sind mit einer Zentralabsaugung auszustatten. Die Abluftaustrittshöhen der Betriebseinheit 3 sind auf 10 Meter über Geländeoberkante auszurüsten. Der Abluftaustrittsschächte sind entsprechend den Vorgaben der Umweltverträglichkeitsuntersuchung zu positionieren.

9. Über die ordnungsgemäße Installation der Lüftungsanlagen sämtlicher Betriebseinheiten (BE 1, 2, 3 und 6) ist vor Inbetriebnahme bzw. Aufstockung eine Bescheinigung des Installateurs vorzulegen. Alle 3 Jahre, gerechnet ab dem Datum der Inbetriebnahme der Stallungen, ist die Lüftungsanlage durch ein Fachunternehmen überprüfen zu lassen. Durch Bescheinigung des Fachunternehmers ist nachzuweisen, dass die geforderten Leistungswerte der Lüftungsanlage weiterhin eingehalten werden. Diese Bescheinigung ist nach hier einzureichen.
10. Die Kotbänder der gesamten Stallungen sind zweimal wöchentlich abzdrehen.
11. In der geplanten Betriebseinheit 6 ist eine Kotbandbelüftung zu installieren und zu betreiben.
12. Die vorhandene Dungplatte im Süden des Hofgeländes ist vor Inbetriebnahme der Betriebseinheit 6 stillzulegen.
13. Der vorhandene Güllehochbehälter ist vor Inbetriebnahme der Betriebseinheit 6 dauerhaft stillzulegen.
14. Die vorhandenen Mastschweineställe und die Betriebseinheit 4 (Junghennenstall mit 12.000 Junghennenplätzen) sind vor Inbetriebnahme der Betriebseinheit 6 bzw. vor Aufstockung der Junghennenaufzucht stillzulegen. Die Stalleinrichtung in diesen Gebäuden ist zu entfernen.
15. Die Betriebseinheit 6 ist mit einer Abluftreinigungsanlage gem. vorgelegter Funktionsbeschreibung auszustatten. Geplant ist eine 1-stufige Abluftreinigungsanlage der Firma Schulz Systemtechnik GmbH, Visbek. Diese Abluftreinigungsanlage muss folgende Reinigungsleistungen einhalten: a) Geruchsreduzierung: 40 %; b) Staubreduzierung: 70 %; c) Ammoniakreduzierung: 50 %.
16. Sofern die festgelegten Wirkungsgrade der Abluftreinigungsanlage nicht erreicht werden, behält sich der Landkreis Osnabrück gemäß § 12 Abs.2a BImSchG vor, diesen Bescheid nachträglich um weitere Auflagen zur Begrenzung von Emissionen zu ergänzen (Auflagenvorbehalt).
17. Die Abluftreinigungsanlage muss bis zum 31. Dezember 2016, spätestens jedoch drei Jahre nach der in der Änderungsgenehmigung angeordneten immissionsschutzrechtlichen Abnahme für die Betriebseinheit 6 in Betrieb genommen sein.
18. Über die ordnungsgemäße Installation der Abluftreinigungsanlage ist vor Inbetriebnahme der Abluftreinigungsanlage eine Bescheinigung des Installateurs vorzulegen.
19. Eine Abnahmemessung durch eine Messstelle nach § 26 BImSchG soll innerhalb eines Jahres nach Inbetriebnahme, frühestens nach 4 Monaten und bei voller Belastung erfolgen. Eine Wiederholungsmessung ist alle 2 Jahre notwendig. Eine Wiederholungsmessung ist auch **notwendig**, wenn zu befürchten ist, dass durch die Anlage schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden. Das Ergebnis ist der Genehmigungsbehörde vorzulegen.
20. Für die Abluftreinigungsanlage ist ein **Pflege- und Wartungskonzept** aufzustellen und der Genehmigungsbehörde innerhalb von 3 Monaten nach Zustellung des Genehmigungsbescheides vorzulegen. In diesem Konzept ist darzulegen, welche regelmäßigen Pflege- und Wartungsarbeiten durchgeführt werden, um einen ordnungsgemäßen Betrieb zu dokumentieren. Es sind u.a. Angaben zu folgenden Punkten aufzunehmen:
 - regelmäßige visuelle Kontrolle (mindestens wöchentlich)

- gleichmäßige Durchströmung der Anlage (regelmäßige Messung mit Probenahmehaube und Anemometer (jährlich))
 - Druckdifferenzüberwachung (kontinuierlich)
 - pH-Wert-Messungen im Rücklaufwasser (mindestens vierteljährlich)
 - Maßnahmen bei Störungen
 - Angaben zu Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten
 - Führung eines Betriebstagebuches
21. Die Abluftreinigungsanlage ist mit einem sog. "elektronischen Tagebuch" auszustatten. Die in dem Pflege- und Wartungskonzept aufgeführten Maßnahmen sind durch den Anlagenbetreiber als Eigenkontrollmaßnahmen durchzuführen. Die Durchführung ist im Betriebstagebuch zu dokumentieren. Die Protokolle sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren und der Genehmigungsbehörde auf Verlangen vorzulegen. Erstmalig ist diese Vorlage zum 31. Januar des Folgejahres nach Inbetriebnahme der Abluftreinigungsanlage für das Vorjahr, sowie anschließend im Abstand von 12 Monaten erforderlich. Die Vorlage ist in elektronischer Form (Datenträger im Originalformat und im pdf-Format) zu übermitteln.
22. Die Abluftreinigungsanlage wird in den jeweiligen Aufzuchtdurchgängen erst ab der 8. Woche betrieben.
23. Die Trockenkotbänder außerhalb der Betriebseinheiten sind abgedeckt zu errichten und zu betreiben.
24. Auf dem Betriebsgelände erfolgt keine Lagerung bzw. Zwischenlagerung von Geflügelmist/ Hühnertrockenkot. Dieser ist nach dem Entmisten direkt auf Transportfahrzeuge zu verladen und unverzüglich abzufahren. Der Abtransport im überregionalen Verkehr hat in geschlossenen Fahrzeugen zu erfolgen.
25. Die Kotverladehalle ist grundsätzlich und vor allem bei Verladevorgängen geschlossen zu halten. Die Kotverladehalle ist mit einem Rolltor auszustatten.
26. Ich behalte mir ausdrücklich vor, nachträglich Auflagen bzw. Änderungen und Ergänzungen zu fordern (Auflagenvorbehalt).